



NRW vor der Wahl

Der nordrhein-westfälische FDP-Chef Andreas Pinkwart gilt als selbstbewusster Machtpolitiker. Seit fünf Jahren leitet der Liberale das Innovations- und Bildungsministerium in NRW. Ein Porträt. **Seite 5**



Rechtsrutsch in Ungarn

Nicht weniger als den kompletten Umbau der Nation verkündet Ungarns künftiger Regierungschef Viktor Orbán nach dem haushohen Wahlsieg seiner Rechtspartei bei der Parlamentswahl. **Seiten 4 und 7**



Zeit der Tränen

Bei vielen Pollenallergikern ist der lang ersehnte Frühling mit Unannehmlichkeiten verbunden. Die Nase läuft, die Augen tränen, die Haut juckt. Neue Therapien und alte Ratschläge auf **Seite 17**

Standpunkt

Hilfstaktik

Von Grit Gernhardt

Das hatten sich Bundeskanzlerin Merkel und ihr Außenminister Westerwelle so schön ausgedacht: Mit der Zusage von Finanzhilfen ans finanziell am Abgrund stehende Griechenland wollte man kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die solidarische Seite von Schwarz-Gelb herausstellen. Eingeplant war dabei jedoch anscheinend nicht, dass Griechenland die Unterstützung auch wirklich in Anspruch nehmen würde – noch dazu vor der NRW-Wahl am 9. Mai. Nun sträuben sich plötzlich die Nackenhaare des Finanzministers bei der Aussicht auf mindestens 8,4 Milliarden Euro zusätzliche Belastung für den – ebenfalls hoffnungslos überschuldeten – deutschen Staatshaushalt.

Doch wie jetzt aus dieser Nummer wieder herauskommen? Nach einem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden aller Bundestagsparteien am Montag meldete Schäuble wenig euphorisch, dass diese zumindest »grundsätzlich« zu Hilfen bereit seien. Am Vortag hatte er noch abwiegend erklärt, man sei keineswegs verpflichtet, das Geld bereitzustellen, nur weil die Anfrage jetzt gekommen ist. Die Taktik scheint klar: Abwarten, bis zumindest die Wahl über die Bühne gebracht ist, und dann unauffällig im Bundestag durchwinken.

Unterdessen fürchten viele Griechen weiter um ihre nackte Existenz. Wahltaktische Spielchen aus Deutschland sind da kaum eine Hilfe. Das Geld wird zwar am Ende fließen, den Titel als solidarischer Retter kann Schwarz-Gelb sich aber wohl abschminken.

Finanzhilfe für Athen: Ja, aber ...

Fraktionschefs wollen Beteiligung der Banken an Geld für Griechenland

Die Spitzen der Bundestagsfraktionen, der Bundesfinanzminister und die Kanzlerin erklären sich grundsätzlich bereit zu Finanzhilfen an Griechenland – unter Bedingungen. Die EU-Kommission hält sich bedeckt. Sie will das Ergebnis der Beratungen der EU-Finanzminister und der Europäischen Zentralbank abwarten.

Berlin (Agenturen/ND). Die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen seien grundsätzlich zu einer Milliardenhilfe für das kurz vor der Staatspleite stehende Griechenland bereit. Das erklärte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Montag nach einem Treffen in Berlin. Die Hilfe müsse vor dem 19. Mai festgezurrt sein. Zu diesem Datum werden 8,5 Milliarden Euro Anleihen Griechenlands fällig. Voraussetzung für eine Gesetzgebung sei allerdings, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) bis Ende der Woche bei seiner Sondierung der griechischen Haushaltslage zu der Erkenntnis komme, dass Hilfe tatsächlich notwendig sei. Die deutsche Hilfe sei keine Gefälligkeit, sondern trage zur Stabilisierung der Europäischen Währungsunion bei und sei daher im nationalen Interesse, sagte Schäuble.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) knüpfte eine Zusage für die Hilfen an Bedingungen. Griechenland müsse ein »tragfähiges und glaubwürdiges Programm« vorlegen.

Von den rund 30 Milliarden Euro, die die EU-Länder Athen für dieses Jahr zur Abwendung einer Staatspleite in Aussicht gestellt haben, soll Deutschland bis zu 8,4 Milliarden Euro übernehmen. Die Bundesregierung beabsichtigt, dass die Staatsbank KfW die Gelder als Kredite zur Verfügung stellt. Dafür will der Bund eine gesetzlich abgesicherte Ausfallbürgerschaft übernehmen. Erst wenn die Rettung fehlschlagen würde, müsste der Steuerzahler bürgen.

Es sei keine Lösung ohne die Beteiligung der Banken möglich, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter



Hat in Griechenland jetzt viel zu sagen – die EZB.

ND-Foto: Frotscher

Steinmeier. Er nannte als Bedingung der SPD für eine Zustimmung zum Gesetzesvorschlag eine Klärung der Bundesregierung, wie sie künftig derlei Devisenspekulationen verhindern wolle. Auch die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Gesine Lötzsch, drang darauf, dass die Banken, die

an den Spekulationen mit Griechenland verdient haben, zur Verantwortung gezogen werden. »Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler für alle Risiken haftet.« Ähnlich äußerte sich Grünenfraktionschefin Renate Künast. Nach ihren Worten hat Griechenland nicht nur eine Finanzkrise, sondern auch

massive Strukturprobleme. Sie verlangte ein klares parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren. Die Vorsitzende der FDP-Fraktion sagte, die Entscheidung für EU-Finanzhilfen sei noch völlig offen, es gebe auch noch keinen Zeitplan.

Die LINKE hat ein Schuldenmoratorium angeregt, um Griechenland eine Atempause zu verleihen. Die Hypo Real Estate (HRE), die Commerzbank und die Deutsche Bank gehörten zu den wichtigsten Gläubigern, sagte Geschäftsführer Dietmar Bartsch am Montag. Deutschland solle ein Schuldenmoratorium vorschlagen. Dann könne die Finanzlage Griechenlands kurzfristig verbessert werden. Aber: »Die LINKE kann und wird nicht einfach Ja dazu sagen.« Die Bundesregierung müsse zunächst »mit großer Offenheit und Klarheit« darlegen, was überhaupt passieren solle. Ein Zusage der LINKEN gebe es bislang noch nicht.

In Athen gingen unterdessen die Gespräche von Experten des IWF, der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank (EZB) mit der griechischen Regierung über das kombinierte Hilfspaket von EU und IWF in Höhe von insgesamt 45 Milliarden Euro weiter. Die gesamte griechische Presse hält noch härtere Sparmaßnahmen für sicher. Das Land müsse eine schwere Last schultern, um aus dem Dilemma herauszukommen.

Die EU-Kommission lässt es indes offen, wann sie ihre Prüfung des griechischen Hilfsantrags abschließen wird. Der Sprecher von EU-Währungskommissar Olli Rehn reagierte am Montag in Brüssel auf entsprechende Fragen ausweichend und verwies auf die gemeinsame Erklärung von Kommission, EZB und der Eurogruppe vom vergangenen Freitag. Es gebe eine »gemeinsame Front« im Hinblick auf die Lage in Griechenland, sagte der Sprecher. Vor einer Entscheidung der Euro-Finanzminister für die europäische Hilfe müssen EZB und Kommission den Antrag bewerten.

Doppelspitze der LINKEN am Start

ND-Gespräch mit Gesine Lötzsch und Klaus Ernst



Berlin (ND). Sie übernehmen »ein gut bestelltes Feld«, wenn sie Mitte Mai auf dem Parteitag in Rostock zu Ko-Vorsitzenden der LINKEN gewählt werden, sagen Gesine Lötzsch und Klaus Ernst im ND-Gespräch (ND-Foto: C. Sungu). Nach dem Mitgliederentscheid über Doppelspitzen beginnen die beiden designierten Nachfolger von Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, ihre voraussichtlichen Aufgaben zu umreißen. Die Partei müsse aus der Phase der Gründung in die Phase der Konsolidierung kommen, meint Klaus Ernst. Es müsse mehr Erfahrung untereinander ausgetauscht werden, sagt Gesine Lötzsch. Beide wollen sich stärker um den Aufbau der Partei und deren interne Debatten kümmern. Im Zentrum ihrer Anstrengungen stehe jedoch, den Motor der LINKEN für gesellschaftliche Veränderungen auf Touren zu bringen. Die Durchsetzung des Mindestlohns, Abschaffung von Hartz IV, eine gerechte Rente und Gesundheitsversorgung blieben ebenso auf der Tagesordnung wie der deutsche Truppenabzug aus Afghanistan. **Seiten 2 und 3**

Unten links

Demografisch gesehen: Das durchschnittliche Lebensalter in Deutschland steigt unaufhörlich. Anderes dagegen sinkt unaufhaltsam. Das sogenannte **Leseaustrittsalter** zum Beispiel, wie deutsche Buchhändler und Bibliotheken in Trauer und Alarmbereitschaft bestätigen. Das heißt: Kinder hören immer früher auf, zum Buch zu greifen. Leseaustrittsalter: Das klingt, als trete man aus einem Verein aus. Oder aus einem kleinen Kreis endlich hinaus ins Freie. Austritte haben – seit die politischen Parteien sind, wie sie sind – den besseren Ruf als Eintritte. Wohin aber, wenn man aus dem Lesen austritt, tritt man nun über? Wahrscheinlich ins Fernsehen. Literatur lehrt die Herzen das Schauen, Fernsehen leert nur den Kopf, fürs pure Zuschauen. So denkt man ans Leseaustrittsalter und fragt sich bestürzt: Was nützt eines späten Tages die gestiegene Lebenserwartung, wenn das, was doch wesentliche Erwartungen ans Leben wecken kann, so früh abstirbt?

hades

EU und NATO: »Arbeitsteilung« in Afghanistan

Gespräche der europäischen Verteidigungsminister über mehr Kooperation am Hindukusch

Die Europäische Union und die NATO wollen ihre Zusammenarbeit verbessern. Das betrifft insbesondere den Einsatz in Afghanistan.

Luxemburg/Kabul (Agenturen/ND). Künftig solle es regelmäßige Treffen und Berichte der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) und des strategischen NATO-Planungshauptquartiers in Norfolk (US-Staat Virginia) geben, sagte der parlamentarische Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt (CSU) am Montag in Luxemburg. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen legte den europäischen Verteidigungsministern konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Polizeiausbildung in Afghanistan vor. Die politische Zusammenarbeit zwischen der EU und der Militärallianz liegt wegen des Zypern-Problems auf Eis.

Rasmussen erklärte, er habe eine Arbeitsteilung zwischen EU und NATO in Afghanistan vorgeschlagen. So solle sich die EU um die zivilen Aspekte der Polizeiarbeit

kümmern, etwa Ermittlungen oder Justizreformen, und die NATO um »anspruchsvollere« Aspekte. »Wir sollten hart an einer grundlegenden Lösung der fundamentalen Probleme zwischen EU und NATO arbeiten«, forderte Rasmussen.

Zudem beschlossen die Verteidigungsminister die gemeinsame Entwicklung eines mobilen Labors zur Untersuchung von Sprengfallen. Frankreich werde die Federführung übernehmen, sagte der französische Minister Hervé Morin. Auch Polen wolle sich beteiligen. Deutschland und Großbritannien verfügten ebenfalls über wichtige Erfahrungen in diesem Bereich, hieß es. Die Expertenteams sollen Mitte 2011 bereit sein und dürften zuerst in Afghanistan eingesetzt werden.

Elf Tage nach dem jüngsten tödlichen Angriff auf die Bundeswehr in Nordafghanistan ist ein Erfolg über die Taliban in der Region gemeldet worden. Nach offiziellen afghanischen Angaben wurde am Montag der Kommandeur der Auf-



Anschlag auf NATO-Konvoi in Zentralafghanistan am Wochenende Foto: dpa

ständischen für die Provinz Kundus getötet. Mullah Yar Mohammad alias Mullah Noor Mohammad sei erst kürzlich von den Taliban als »Schattengouverneur« der Provinz eingesetzt worden, sagte der Regierungsgouverneur von Kundus, Mohammad Omar, der

Nachrichtenagentur dpa. Die Internationale Schutztruppe ISAF teilte ohne Nennung von Namen mit, ein hochrangiger Taliban-Kommandeur in Kundus und zwei seiner Berater seien bei einem Luftangriff auf ihr Fahrzeug gestorben.

Kurz

Atomkraftmeier

Rom (dpa). Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin hat Italien finanzielle und technologische Unterstützung bei der Wiedereinführung der Kernenergie zugesagt. Sobald die Projekte für den Bau neuer Atomkraftwerke in Italien begännen, »wird eine breite russische Kooperation zur Verfügung stehen«, erklärte Putin bei einem Treffen mit seinem Amtskollegen Silvio Berlusconi.

Kaczynski kandidiert

Warschau (AFP). Nach dem Tod des polnischen Präsidenten Lech Kaczynski bei einem Flugzeugabsturz tritt sein Zwillingsbruder Jaroslaw Kaczynski bei der vorgezogenen Präsidentenwahl am 20. Juni an. Er habe sich entschieden, zu kandidieren, hieß es in einer Erklärung Kaczynskis, die am Montag auf der Website seiner Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) veröffentlicht wurde.

Bagdad-London

London (dpa/AFP). Zum ersten Mal seit 20 Jahren ist am späten Sonntagabend wieder eine Linienmaschine aus Bagdad in London gelandet. An Bord waren 30 ausländische und irakische Passagiere. In Zukunft soll es zwei Passagierflüge pro Woche geben. Der Linienverkehr war nach dem irakischen Einmarsch 1990 in Kuwait eingestellt worden. Dies gehörte zu den UNO-Sanktionen.

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

